

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 50

Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 09. Dezember 2019

Einschätzungen der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) zu den Vorschlägen der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen im Hessischen Landtag zur „Verbesserung der politischen Beteiligung hier lebender Ausländerinnen und Ausländer“

Das „Optionsmodell“ und seine Folgen:

Die demokratisch legitimierten Ausländerbeiräte werden die großen Verlierer sein.

Für viele der in Hessen lebenden Migrantinnen und Migranten droht der Wegfall ihres Wahlrechts und ihres Ausländerbeirates

Kein Dialog, keine Arbeitsgruppe oder sonstiger Austausch: Die agah wurde mit dem Gesetzentwurf konfrontiert, als dieser schon ausformuliert war. Die eingeleiteten Schritte lassen erkennen, dass hier offenkundig sehr schnell etwas im „Hau-Ruck-Verfahren“ durchgezogen werden soll. Dies wird der inhaltlichen Tragweite des Gesetzentwurfes nicht gerecht.

Für Nicht-EU-Staatsangehörige ist die Stimmabgabe zum Ausländerbeirat die einzige Form der politischen Teilhabe und ihre persönliche Beteiligung im Rahmen von Wahlen und Abstimmungen. Dieses Recht ist nunmehr dramatisch in Gefahr!

Die „Muss“-Bestimmung zur Einrichtung von Ausländerbeiräten in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ist ein starkes Fundament. Verbriefte Beteiligungsrechte dürfen nicht zum Spielball von politischen Mehrheiten in den Gemeindevertretungen oder dort vorherrschenden Ansichten und Meinungen werden!

Eine Verbesserung der politischen Beteiligung kann nur auf der Basis von gewählten Ausländerbeiräten erfolgen, die weiterentwickelt werden müssen.

Der Gesetzentwurf und das darin verankerte Optionsmodell öffnen Tür und Tor für die Abschaffung des Wahlrechts für den Ausländerbeirat und damit demokratischer Beteiligungsrechte, denn:

gewählte Ausländerbeiräte und benannte Integrations-Kommissionen sind zwei gänzlich unterschiedliche Gremien und lassen sich nicht vergleichen.

Die Integrations-Kommissionen können allenfalls als Ergänzung in solchen Kommunen betrachtet werden, in denen die Wahl eines Ausländerbeirats nicht zustande kommt.

Die niedrige Wahlbeteiligung hat vielfältige Ursachen. Sie reichen von fehlenden Ressourcen bis zu unzustellbaren Wahlbenachrichtigungen und Wahllokalen, die für nicht-motorisierte Wähler*innen kaum erreichbar sind. In einer ausführlichen Analyse haben die Ausländerbeiräte diese und viele weitere Gründe festgehalten und schon 2014 der Landesregierung als Diskussionsgrundlage vorgelegt, siehe das Positionspapier "Modernisierung und Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte". Ein Blick in dieses Papier hätte eigentlich genügt, wenn man gegen die wahren Gründe der geringen Wahlbeteiligung tatsächlich angehen wollte. Außerdem: Auch die Beteiligung an anderen Wahlen und Abstimmungen (Kommunalwahlen, Bürgermeisterdirektwahlen, Sozialwahlen, etc.) leiden unter geringer Beteiligung – in Frage gestellt werden sie nicht.

Die Anzahl der Ausländerbeiräte wird drastisch zurückgehen. Auch die Existenz der bestehenden Kreisausländerbeiräte steht auf dem Spiel. Ob „ungeliebtes Kind“ oder aus finanziellen Gründen: Noch nie war es so einfach einen Ausländerbeirat los zu werden, wie zukünftig!

Die Alternative zu den Ausländerbeiräten ist nicht ihre Abschaffung, sondern ihre Stärkung! Dies wäre ein deutliches Signal gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Demokratieverdrossenheit.

Ein zu befürchtender Rückgang der Zahl kommunaler Ausländerbeiräte hat auch Konsequenzen für den Dachverband, die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah): Die auf Landesebene etablierte und anerkannte Institution wird massiv geschwächt.

Die Zusammenlegung der Wahl der Ausländerbeiräte mit der Kommunalwahl ist eine alte agah-Forderung und wird begrüßt.

Den Vorschlägen der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen setzen die agah und die in ihr organisierten Ausländerbeiräte folgende Punkte entgegen:

- Beibehaltung der durch Wahlen demokratisch legitimierten Ausländerbeiräte.
- Festhalten an der Regelung, dass in allen Kommunen mit mehr als 1.000 ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern ein Ausländerbeirat verpflichtend einzurichten ist.
- Diskussion und Umsetzung der agah-Vorschläge zur Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte (Ziel: Attraktivitätssteigerung des Gremiums).
- Steigerung der Ausländerbeiratswahl-Sonderzuwendung des Landes an die agah. Informations- und Kampagnenoffensive in den 30 Kommunen, die nunmehr erstmalig zur Wahl eines Ausländerbeirats aufgerufen sein könnten unter Einbeziehung des Hessischen Sozialministeriums und des Hessischen Landtags. Ziel: Demokratie stärken!
- Kurzfristige Einberufung einer Arbeitsgruppe (Fraktionsvertreterinnen und -vertreter, agah, Ministerien, Kommunale Spitzenverbände, etc.) für weiteren Absprachen, inhaltliche Überlegungen, etc.